Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 86. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 15. April 1931. | 13. Jahrgang.

Ein gutes Wort ist wie ein Samenkorn;
es schweigt und schläft
und wacht erst auf
und wird zu Sinn erst und zu Sein,
Säst du's in deine Erde ein
und schaffst du dir's zu eigenem Leben!

Caesar Flaischlen.

Mißstände der Siedlung.

Von Friedrich A. Cornelsen, Schneidemühl.

Nach der Verabschiedung der Osthilfegesetze kommt den nachstehenden Ausführungen besondere Bedeutung zu, vor allem wird man auch bei der Deutschen Siedlungsbank auf eine von jedem parteipolitischen Ehrgeiz freie Arbeit, eine wirkliche auf Rentabilität gerichtete Förderung der Siedlung rechnen dürfen.

Das Interesse der Oeffentlichkeit ist in der letzten Zeit in verstärktem Maße auf die Probleme der Siedlung gelenkt worden. In politischer Hinsicht liegt die Ursache hierfür in den Osthilfeberatungen und in der Gründung der Deutschen Siedlungsbank. Stärker noch wird jedoch die allgemeine Aufmerksamkeit und Kritik geweckt durch die eindringlichen Notkundgebungen ostdeutscher Siedler im Grenzgebiet.

Die Siedlung hat bisher, dies muß eindeutig festgestellt werden, noch nicht die Aufgaben erfüllt und die Ziele erreicht, die man ihr bei der Schaffung des Reichssiedlungsgesetzes stellte. Erst in diesem Jahre erhofft man die erwartete Jahresquote von 10000 neuen Stellen zu erreichen. Gegenwärtig ist die Siedlung, zumindest die Ostsiedlung, in ein sehr kritisches Stadium getreten, das geradezu eine Vertrauenskrise der Siedlung darstellt. In durchaus ernst zu nehmenden Kreisen wird sogar die Frage aufgeworfen, ob es zweckmäßig ist, gegenwärtig die Siedlung noch weiter zu führen. Diese Frage muß trotz aller Mißstände unbedingt bejaht werden Das Kernproblem der Siedlung ist die Frage der Rentabilität der Landwirtschaft. Wollte man die Siedlung aufgeben, so hieße das, einzugestehen, daß man in absehbarer Zeit nicht an eine Gesundung der Landwirtschaft glaubt. Ein derartiger Pessimismus würde sich furchtbar auswirken, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch innen- und außenpolitisch.

Wir gebrauchen zudem die Siedlung, um eine gesunde Umgestaltung der wirtschaftlich und kulturell heute vielfach nicht mehr zweckmäßigen Gliederung weiter ostdeutscher Gebiete, zur Verstärkung der Dorfbildung. Wir brauchen die Siedlung zum Schutz gegen polnische Bestrebungen. Und zwar in zweifacher Hinsicht. In den polnischen Grenzgebieten ist der Geburtenüberschuß gegenüber den deutschen Grenzgebieten um ein vielfaches größer. Zudem wird in den polnischen Grenzgebieten außerordentlich starke Siedlung betrieben, über den Rahmen der Agrarreform hinaus. Polen tut alles, um in seinen Grenzlanden eine große Bevölkerungsdichte zu erzeugen. In Deutschland demgegenüber: Große Landflucht, immer geringer werdender Geburtenüberschuß! So entsteht schließlich ein polnischer Ueberdruck, dem nur standgehalten werden kann, wenn durch Siedlung der Osten dichter bevölkert wird. Aber noch in anderer Hinsicht bedürfen wir der Siedlung als Schutzmaßnahme gegen polnische Bestrebungen im deutschen Grenzgebiet: Wo Wirtschaften zu Zwangsversteigerung kommen oder zusammenzubrechen drohen, versuchen Polen, meistens auf dem Wege über die Bank Ludowy oder durch Mittelsmänner, solche Wirtschaften für Angehörige der polnischen Minderheit zu erwerben. Diese sind dann endgültig den Deutschen verloren, bilden aber bei einer etwaigen Auseinandersetzung mit Polen für diese wertvolle Stützpunkte, Polen kann dann schon auf einen starken Grundbesitz in Deutschland hinweisen und den „polnischen" Charakter des Grenzlandes betonen. Nicht umsonst erwerben die Polen sogar minderwertiges Land, wenn es nur günstig liegt, nicht umsonst bezahlen sie hohe Ueberpreise, nicht umsonst ist der polnische Besitz im Grenzland im Zunehmen begriffen! Deshalb brauchen wir auch die Siedlung, um gefährdete Wirtschaften unter allen Umständen dem Deutschtum zu erhalten.

Aber eine große Gefahr besteht andererseits, eine Gefahr, die gerade in letzter Zeit wieder besonders klar zutage getreten ist: Die Tendenz, das Siedlungsproblem parteipolitisch anzufassen. Siedlung ist eine agrarwirtschaftliche Frage. Noch immer herrschen in einflußreichen Kreisen, die letzten Endes von der Preußenkasse ausgehen, die Bestrebungen auf kalte Sozialisierung des Ostens vor. Hier möchte man die Siedlung als Mittel zum Zweck benutzen. Deshalb die Ausschaltung der Landwirtschaft im Aufsichtsrat der Siedlungsbank.

Die Siedlung kann nicht vom parteipolitischen, nicht vom konfessionellen Gesichtspunkt, wie es leider auch schon geschehen ist, nicht vom grünen Tisch aus betrieben werden. Die Siedlung gehört in die Hand von Männern, die mit der Landwirtschaft vertraut sind. Man vergesse doch nicht: Auch die Siedlungswirtschaft ist Landwirtschaft und fällt nicht in den Aufgabenkreis der Industrie! Hätte man diese Gesichtspunkte rechtzeitig berücksichtigt, würden manche Fehler, wie sie jetzt bei der Siedlung zutage treten, vermieden worden sein.

Die wichtigsten gegenwärtigen Forderungen für die Sanierung der Siedlung — denn eine solche ist nötig, sollen die bestehenden Siedlungen aufrecht erhalten werden — sind: Ermäßigung des Grundpreises und Ermäßigung der Anzahlung (8000 Mark für die 60 Morgenstelle ist zu hoch, man darf durch zu hohe Anzahlung nicht gleich den Siedler seines Betriebskapitals berauben), Gewährung von mindestens drei Freijahren, damit die Siedler Atem schöpfen können, Senkung der Renten auf ein angemessenes Maß, ohne dadurch den Endtermin für den völligen Erwerb der Siedlung zu weit hinauszuschieben. Ferner Behebung der Sondermißstände. Gerade diese wirken psychologisch noch deprimierender als die schlechte Wirtschaftslage, denn der Siedler hat sie täglich vor Augen. Man schränke lieber auf ein Jahr die Siedlung beträchtlich ein — erwerbe die Güter und bewirtschafte sie zunächst in eigener Regie, und verwende den erheblichen Teil der für Siedlungszwecke zur Verfügung stehenden Gelder für die Behebung der Mißstände. Damit ist dem Siedlungswerk zur Zeit mehr gedient, als mit einem Rekordtempo. Wir brauchen an der Grenze einen freudigen Siedlerstamm, nicht einen entmutigten.

Die Siedler tragen infolge der ungünstigen Entwicklung der letzten Jahre heute eine erhebliche Schuldenlast, deshalb muß die Siedlung ebenfalls in die Umschuldung im Rahmen der Osthilfe einbezogen werden. Der Gedanke der Siedlung ist nach wie vor unbedingt zu bejahen. Siedlung wird aber nur dann Zweck haben, wenn man sie von vornherein auf gesunder Grundlage aufbaut.

Symptome.

Symptome sind nicht die Sache selbst, sie begleiten sie, ja sie gehen ihr voraus. Sie sind Anzeichen, Vorzeichen. Für die Beurteilung einer Krankheit, einer Gesinnung können sie wertvolle Dienste leisten.

Die nachstehenden Begebenheiten sind Symptome einer Gesinnung. Sie kennzeichnen die Stellung des Katholizismus zum Protestantismus. Die Diagnose kann jeder selbst stellen.

Vor einigen Tagen durfte der Erzhetzer Wetterlé, der jetzt französischer Gesandter beim Vatikan ist, seinen 70. Geburtstag feiern. „La Revue catholique d'Alsace (Katholische Zeitschrift des Elsaß) hat anläßlich seines Geburtstages alte Erinnerungen aufgefrischt. Sie erzählt u. a., daß Wetterlé, der französische Elsässer, der immer und überall gegen Deutschland opponiert hat, nach seiner Wahl zur elsässischen Kammer den „klassischen Eid" auf den Kaiser und die Verfassung leisten mußte. In der Zeitung „Journal de Colmar", die er leitete, erklärte der katholische Geistliche Wetterlé, daß politische Eide das Gewissen nicht binden. Wenn er auch schwören müßte, die Verfassung zu achten, so habe er dennoch den festen Willen, sie abzuändern. Wenn er auch dem Kaiser Treue schwören müsse, so gehöre er doch zu denjenigen, die auf legalem Wege ein anderes Regime erstreben. Ob dieser Auffassung beschwerte sich die „protestantische" deutsche Regierung beim Papst. Rom antwortete hierauf, indem Papst Leo XII. durch den Straßburger Bischof dem Abbé Wetterlé „seinen herzlichen Segen" erteilen ließ.

„L'Osservatore Romano" (der Römische Beobachter), das offizielle Blatt des Vatikans, teilt mit, daß der Kardinal Schuster, Erzbischof von Mailand, einen Hirtenbrief veröffentlicht hat, in dem er der protestantischen Propaganda in Italien den Krieg erklärt und die Notwendigkeit ihrer Bekämpfung verkündet. „Sogar in Mailand", schreibt der hohe Kirchenfürst, „wird der katholische Glaube durch die protestantische Propaganda angegriffen. Die Reformation sei eine Abweichung vom Evangelium gewesen. Der Protestantismus kann nichts aufbauen, sondern will lediglich zerstören. Seine subjektiven Grundsätze öffnen einem verzweifelten Pessimismus, einem verelendenden Nihilismus und der allgemeinen Anarchie (!) Tür und Tor."

Seit länger als anderthalb Jahr wartet die evangelische Kirche auf den Abschluß des Vertrages mit dem schwarz-roten Preußen. Die Verhandlungen nehmen kein Ende, auch wenn seit Monaten durch die Presse die Nachricht geht, daß sie vor dem Abschluß stehen. Von Preußen wird der Versuch gemacht, der evangelischen Kirche die sogenannte politische Klausel aufzudrängen, eine Klausel, die in der gleichen Form im Konkordat nicht vereinbart worden ist und die die Bewegungsfreiheit der evangelischen Kirche stark beeinträchtigt.

Während das Zentrum und die Katholiken im allgemeinen sich nicht genug über die vermeintliche Mißhandlung unter dem „protestantischen Vorkriegsdeutschland" beklagen können (noch heute schreiben Zentrumszeitungen davon), finden sie wiederum kein Wort der Mißbilligung für die Behandlung der evangelischen Kirche. Kein Zentrumsmann und keine prominente Zentrumszeitung hat die Stimme gegen die zermürbende Verhandlungstaktik Neupreußens erhoben.

Es sind Symptome, nichts als Symptome. Sie sind aber kennzeichnend und aufschlußreich genug. E. F. K.

Staatliche Verantwortlichkeit.

Von Dr. Fritz Meier.

Ein Aufwärtsleser schreibt, es würde heute in allen Gruppen soviel von „Verantwortlichkeit" geredet. Die Leute, die im Reichstag mit der Regierung Brüning gingen, täten dies angeblich um der Verantwortlichkeit willen, die ausgezogene Opposition behaupte dasselbe. Die einen stimmten aus „Verantwortungsbewußtsein" den Plänen der Regierung zu und forderten in einem Atemzuge die Durchsicht der Tributlasten, die andern lehnten das Regierungsprogramm aus dem gleichen Grunde ab. Das müsse auf den einfachen Mann im Volke verwirrend wirken. In der Tat kann ein Mensch, der auf die Reden und Schlagworte der Parteien hört, um sich danach sein Urteil zu bilden, vollkommen verwirrt werden.

Die staatliche Verantwortung ist grundsätzlich keine andere als alle Verantwortung überhaupt. Was heißt denn Verantwortlichkeit? Diese Frage ist nur aus der Weltanschauung zu beantworten. Ein Christ wird sich in anderer Weise verantwortlich fühlen als ein Materialist im ethischen Sinne, vom theoretischen Materialismus ganz abgesehen. Wer z. B. seinen Lebenszweck im Geldverdienen und Genießen sieht, weiß nichts von der Verantwortlichkeit, die der Christ oder der Idealist kennt. Die Verantwortlichkeit hat also zunächst eine subjektive Seite, hängt ab von der persönlichen Weltanschauung und dem sittlichen Charakter der handelnden Subjekte. Verantwortlich kann nur der sein, der weiß, wie er handeln muß, um seine Pflicht zu erfüllen. Wenn aus dem marxistischen Lager jemand sagte, seine Partei kenne keine Pflichten gegen die Nation, sondern nur gegen das Proletariat, so handelt ein solcher von seinem Standpunkt verantwortungsbewußt, wenn er die Interessen des Proletariats zum höchsten Maßstab seines politischen Handelns macht. Ob seine Politik dann zu diesem Ziele führt oder nicht, das berührt nicht die Frage der Verantwortlichkeit, sondern des praktischen Erfolges. Staatliches Verantwortlichkeitsbewußtsein in unserm Sinne ist das freilich nicht.

Man kann also die Frage der Verantwortlichkeit nur von einem bestimmten Standpunkte aus beantworten, nicht aber ganz allgemein. Es kommt so oft im Leben vor, daß der eine etwas für verantwortlich hält, was der andere als sträfliches Verbrechen ansieht. Wer z. B. den persönlichen Vorteil zum höchsten Maßstab seines Handelns macht, der wird Dinge für verantwortlich finden, die vom Standpunkt sowohl der christlichen wie der idealistischen Ethik verwerflich sind.

Das Amt des Staatsmanns läßt sich in mancher Hinsicht mit dem des Arztes vergleichen. Den höchsten Maßstab des staatsmännischen Handelns bildet der Gedanke an die Erhaltung des Lebens, der Gesundheit und Wohlfahrt des Volkes in seiner Gesamtheit. Mithin bedeutet staatliche Verantwortlichkeit das Handeln nach dem Grundsatz: „Salus publica suprema lex" (Das Wohl des Ganzen ist das höchste Gesetz). Diesen Grundsatz hat Bismarck zielbewußt verfolgt. Es wird immer von seinen Gegnern behauptet, „dieser Staatsmann sei ein „grundsatzloser Gewaltherrscher" gewesen. Nichts ist irrsinniger als diese Behauptung. Man verwechselt hierbei Grundsatz im Sinne der Weltanschauung mit papiernen Paragraphen oder äußeren Moralregeln. Von den letzteren hielt Bismarck allerdings recht wenig. Aber jener Grundsatz, daß der Staatsmann dem Wohle des

Ganzen zu dienen habe, war der Polarstern, der ihm auf allen Wegen durch die verschlungenen Pfade der Politik leuchtete. Nie hat er persönliche oder parteiliche Angelegenheiten mit staatlichen verwechselt. Selbst ein Emil Ludwig, dem Bismarckscher Geist fremd ist, muß zugeben, daß selten ein Mensch so völlig frei von persönlicher Eitelkeit gewesen wäre als Bismarck. Wenn dieser seinem Volke schwere Kriegsopfer auferlegte, so handelte er wie der Arzt, der einzelne Glieder opfert, um das Leben zu erhalten. „Blut und Eisen" war Bismarck nicht „Prinzip", sondern nur „Notmittel". Er hat zuerst versucht, die politische Selbständigkeit seines Volkes durch friedliche Verständigung zu erreichen und dachte erst dann an Krieg, als er einsah, daß weder Oesterreich noch Frankreich jemals freiwillig ein Deutsches Reich dulden würden. Auf dem Papier war dieses ja schon 1848 gegründet, aber die Welt hörte nicht auf die „Reden und Majoritätsbeschlüsse" des Frankfurter Parlaments. Auch wo man der Ansicht ist, daß Bismarck sich in den Mitteln vergriffen hätte wie etwa beim Kulturkampf oder Sozialistengesetz, da kann man doch nicht bestreiten, daß er immer von jenem Grundsatz aus handelte. Sehr interessant ist die Aeußerung eines Genfer Blattes über ihn nach seinem Tode. Man könne an Bismarck, so schrieb dies, die „Abwesenheit des Prinzips und einer hohen Moral" bedauern, aber man müsse zugeben, daß unter seiner Regierung — und er habe wirklich regiert — Europa nicht gestolpert sei. Wir würden jenem Blatte heute die Frage vorlegen, ob etwa Bismarcks Mäßigung im Siege und seine Sorge um die Erhaltung des europäischen Friedens vielleicht nicht wesentlich moralisch höher steht als die „Prinzipien" von Versailles.

Wer ohne Voreingenommenheit Bismarcks Geist aus seinen Schriften auf sich wirken läßt, der müßte schon von allen guten Geistern verlassen sein, wenn er nichts von der moralischen Höhe dieses Mannes merken könnte. Ich wüßte kein besseres Beispiel, um das zu kennzeichnen, was staatliches Verantwortlichkeitsbewußtsein bedeutet, als das Bismarcks. Dämonisches lebte gewiß auch in Bismarck wie in jedem Menschen, aber dies wurde gezügelt durch die Kraft des christlichen Glaubens und eisernen Pflichtgefühls. Nur wer den christlichen Geist mit sentimentaler Weichlichkeit verwechselt, kann Bismarck das Christentum bestreiten. Es kann unmöglich eine Forderung der Sittlichkeit sein, daß ein Staatsmann etwa um des Friedens willen die Selbständigkeit und Freiheit der Entwicklung seines Volkes zum Nutzen anderer Völker preisgibt. Bismarck hat zu einem ganz anderen Gott gebetet als zum Götzen der Macht. Für ihn war die Macht zwar unentbehrliches Mittel zum Zweck, aber nicht Selbstzweck, und er hat nicht mehr Macht erstrebt, als nötig war, um seinem Volke ein selbständiges und freies Dasein zu sichern.

Wir können uns über die Frage nach dem Wesen der staatlichen Verantwortlichkeit nicht mit Leuten streiten, die eine andere Weltanschauung und eine andere „Auffassung vom Staate haben". Ehe ich Bismarck aus seinen eigenen Schriften kannte, schien er mir die Verkörperung des Herrenmenschen zu sein. Heute denke ich ganz anders, und ich sage nun, ohne Menschenvergötterung zu treiben: Bismarck ist ein leuchtendes Beispiel staatlichen Verantwortlichkeitsbewußtseins im Geiste christlicher Gesinnung. Wer im Geiste Bismarcks Politik treibt, der handelt im nationalen und christlichen Sinne verantwortungsbewußt. In Bismarcks Geiste handeln, heißt aber nicht, ihn äußerlich nachahmen. Die Mittel zum Zwecke wechseln beständig. Wer z. B. heute an Krieg dächte, würde dem Geiste Bismarcks stracks entgegen handeln. Denn ein Krieg würde unsern Staat vernichten. Der Krieg ist gerade nach Bismarcks wiederholten Aeußerungen nur zu verantworten, wenn er siegreich auszugehen verspricht und für ein Ziel verwandt wird, das seine Opfer rechtfertigt und ohne diese unerreichbar ist.

Von unserm Standpunkt aus können wir jetzt das feststellen, was staatlich unverantwortlich ist. Unverantwortlich ist jede Politik, die nicht die Erhaltung und das Gedeihen des Ganzen zum Leitstern hat, sondern den persönlichen oder den Vorteil irgend welcher Teile des Volkes, seien es politische Parteien, wirtschaftliche Gruppen, Berufsstände, Cliquen usw. Wer also erklärt, er kenne Pflichten nur gegenüber den Proletariern, nicht gegen Volk und Vaterland, der handelt, wie schon gesagt, von unserm Standpunkte verantwortungswidrig. Wir sehen hier ab von den Fällen, bei denen, wie es in Zarnows „Gefesselte Justiz" heißt, Politik die Fortsetzung der Privatgeschäfte mit andern Mitteln ist. Für diesen Standpunkt ist der Begriff Verantwortlichkeit überhaupt nicht da. Denn die eigene Selbstsucht kann kein Grundsatz der Verantwortlichkeit sein. Was aber sonst von unserm Standpunkte als unverantwortlich gilt, braucht es nicht von jedem andern zu sein. Ich bin überzeugt, daß Bismarcks parlamentarische Gegner persönlich moralisch ebenso einwandfrei handelten wie er selbst. Von ihrem Standpunkt war die Heeresreform unverantwortlich. Es gibt auch einen ehrlichen Parteistandpunkt, dessen Träger sich keines moralischen Makels bewußt sind. Selbst jener Anwalt des Proletariates, der keine Pflichten gegen die Nation kennt, hat sicher nicht gedacht, daß dieser Standpunkt unverantwortlich sei. Er sieht in der „Nation" nur ein künstliches Produkt der Kapitalisten und Ausbeuter der wirtschaftlich Schwachen und hofft auf die Befreiung der Welt durch solidarisches Zusammenwirken der Proletarier aller Länder zum Sturze des Bürgertums und des Kapitalismus. Ebenso glauben viele Verfechter der gegenwärtigen Parteiherrschaft durchaus verantwortlich zu handeln. Sie sagen, das Volk gebe seinem politischen Willen in Parteien Ausdruck, und das Wohl des Ganzen ließe sich nur in Form einer Parteiauffassung feststellen (vgl. Radbruch). Somit scheint die Besetzung der Aemter nach dem Parteibuch gerechtfertigt. Von Mitgliedern der eigenen Partei nimmt man natürlich an, daß sie im Sinne der Parteiauffassung das Wohl des Ganzen fördern.

Mit dieser Auffassung können wir uns nicht abfinden, weil wir überzeugt sind, daß Staats- und Parteiangelegenheiten sich niemals decken. Wer nur Parteipolitik treibt, kann nicht staatspolitisch verantwortlich handeln, mag er auch guten Willens sein. Von unserm Standpunkte war die Revolution staatspolitisch unverantwortlich, weil sie unser Volk wehrlos dem Zugriff seiner Feinde preisgab. Wir können es auch nicht für verantwortlich halten, daß unsere Regierung nicht gegen die Kriegsschuldlüge diplomatisch Front macht, wo wir heute auch im Ausland Stützen genug haben. Die Bestreitung an sich genügt nicht. Auch weiß ich nicht, wie wir es vor der Zukunft unseres Volkes sollen verantworten können, wenn wir weiter Geld aus dem Auslande pumpen, um die unerhörten Tribute zu bezahlen. Die Schuldenlast wird unerträglich, und Privatschulden können wir bei anderer politischer Konstellation als anständige Schuldner nicht annullieren. Ich verstehe ferner nicht, wie man die These verantworten kann: „Erst Sanierung, dann Revision!" Sanierung heißt doch Ausgleichung des Etats, so daß Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht stehen. Womit soll denn die Revision begründet werden? Es gibt nur eine Möglichkeit, diese Politik von unserm Standpunkte zu verantworten, nämlich die, daß eine bessere zur Zeit unmöglich ist. Die Opposition glaubt nicht an diese Unmöglichkeit. Also handelt sie nicht unverantwortlich, wenn sie diese Politik scharf ablehnt. Beide Teile sollten sich den guten Glauben nicht absprechen. Der Auszug der Rechtsopposition aus dem Reichstag ist zunächst nur parteitaktisch zu beurteilen. Er würde in dem Augenblick unverantwortlich von unserm Standpunkt sein, wenn das Rumpfparlament staatsfeindliche Beschlüsse faßte (Wehretat, Stellung der Landwirtschaft), die nur durch die Abwesenheit der Rechtsopposition möglich geworden wären. Unsere Sehnsucht ist die Erneuerung des staatlichen Verantwortungsbewußtseins im Geiste Bismarcks. Bloßer Parteigeist ist dazu unfähig, ganz gleich, ob er von Links oder Rechts kommt. Ob aus der Rechtsopposition Bismarckscher Geist geboren wird, muß erst die Zukunft lehren.

Die Welt-Arbeitslosigkeit.

„Erhebungen" des Internationalen Arbeitsamtes.

— Genf, 14. April.

Das Internationale Arbeitsamt kommt in einer soeben veröffentlichten Uebersicht über die Arbeitsmarktverhältnisse zu dem Ergebnis, daß in der ganzen Welt die Arbeitslosigkeit immer noch Gegenstand ernster Sorge sei. Die leichte Besserung, die in Amerika, Großbritannien und Deutschland neuerdings zu verzeichnen sei, könne noch nicht als ein Anzeichen des Wiederauflebens der daniederliegenden Weltwirtschaft angesehen werden, sie scheine vielmehr nur saisonmäßigen Charakter zu haben.

Von der allgemeinen Zunahme der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahre seien nur Dänemark und Norwegen verschont geblieben. Ueber die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gingen die Meinungen in den verschiedenen Ländern noch weit auseinander. Lohnpolitik und Arbeitszeit und ihre Beziehungen zur Frage der Arbeitslosigkeit seien Gegenstand lebhafter Kontroversen besonders in Deutschland und England. Das System der Arbeitszeitverkürzung breite sich in allen Industriestaaten immer mehr aus. Die Vergebung öffentlicher Aufträge als Mittel zur Entlastung des Arbeitsmarktes und zur Abschwächung künftiger Krisen in der Industrie werde allgemein als eine wichtige Frage angesehen. In den Vereinigten Staaten habe der Kongreß ein Gesetz angenommen, das für die Zeiten wirtschaftlicher Depression die Ausführung öffentlicher Arbeiten vorsehe. In Frankreich und Schweden seien ähnliche Bestrebungen zu beobachten.

:: **Protest gegen die Gottlosenpropaganda.** Vertreter von über 100 katholischen Vereinigungen haben an die Reichsregierung und die bayrische Staatsregierung die dringende Bitte um wirksamen Schutz vor der Beschimpfung der Glaubensüberzeugung durch die Verbände der Gottlosen gerichtet.

Tagung des Vereins Deutscher Evgl. Lehrerinnen.

Die 8. Tagung des Vereins Deutscher Evangelischer Lehrerinnen E. V. vom 31. März bis 2. April in der Lutherstadt Wittenberg vereinigte eine stattliche Schar evangelischer Lehrerinnen aus ganz Deutschland zu ernsten eingehenden Beratungen über die Frage, wie in dieser Zeit der Zerrissenheit und der daraus erwachsenen Vielheit der Erziehungswege die Einheitlichkeit von Erziehung und Unterricht in der Schule gefunden wird. Die große Zahl der Ehrengäste und ihre warmen und ernsten Grußworte bewiesen eine starke und echte Anteilnahme, die der Veranstaltung von Seiten der Behörden, der Kirche und anderer Lehrerinnen- und Frauenorganisationen entgegengebracht wurde.

Die Tagung stand unter der Leitung der 1. Vorsitzenden, Lehrerin Frieda Cramer aus Wuppertal-Barmen. Diese hatte selbst den Vortrag zu dem die Tagung einleitenden Elternabend übernommen: „Die Not unserer Kinder in der religiösen und sittlichen Verwirrung der Gegenwart." In ernsten, zu Herzen gehenden Worten führte sie aus, daß Einheitlichkeit der Erziehung nur da möglich ist, wo evangelische Eltern und Erzieher in Glaubensgemeinschaft zusammenstehen. Erziehung vom Evangelium aus ist sich bewußt, daß das Kind Gottes Werk und Gottes Eigentum, erlöst zur Gotteskindschaft, ist. Darum steht wie über dem Leben des Kindes auch über dem häuslichen, gesellschaftlichen und beruflichen Leben der Erzieher, sowie über der Schule und ihrer Arbeit der Anspruch Gottes. Er steht über dem Anspruch des wechselnden und vergänglichen Staates, aber keineswegs in unüberbrückbarem Gegensatz zu den wissenschaftlichen und lebenspraktischen Aufgaben der Schule. Die Not unserer Kinder liegt darin, daß dieser Anspruch in weiten Kreisen unseres Volkes verloren gegangen ist und infolgedessen auf sittlichem und religiösem Gebiet eine verhängnisvolle Verwirrung und Verirrung um sich gegriffen hat. Eltern und Lehrer müssen sich des Anspruchs Gottes an ihr und der Kinder Leben und Sein neu bewußt werden und Lebensgestaltung und Führung der Kinder damit in Einklang bringen. Die Eltern müssen sich mit heiligem Ernst auch um die Schulfrage und ihre reichsgesetzliche Regelung kümmern, damit der Bekenntnisschule, der Schule mit der Bibel, die volle Gleichberechtigung mit den anderen Schularten gesichert wird und sie ihre ganze Arbeit unter den Anspruch Gottes an das Kind stellen kann. — In einem warmen Schlußwort, in dem er zugleich Grüße und Segenswünsche des evangelischen Oberkirchenrats, sowie der sächsischen Provinzialkirche überbrachte, rief Generalsuperintendent D. Schöttler-Magdeburg die Versammlung auf, dafür Sorge zu tragen, daß die Möglichkeit des Gotterlebens nicht aus Tausenden und Abertausenden von Herzen gerissen wird; denn Gott erleben können, muß Ziel und Aufgabe für all die sein, denen Kinderseelen anvertraut sind. Die Quelle zu solchem Erleben und darum der einzige tragende Grund der Erziehung ist und bleibt das in Christus geoffenbarte Wort Gottes.

In der 1. Oeffentlichen Versammlung legte Professor Dr. Bohne von der Päd. Akademie Frankfurt/Oder in seinem Vortrag „Ansatzpunkt und Aufgabe des Religionsunterrichts in der Gesamterziehung der Schule" zunächst grundsätzlich dar, was Erziehung ist, und kennzeichnete sie als die Herstellung einer echten Beziehung zwischen dem heranwachsenden Menschen und der ihn umgebenden geistig-menschlichen und naturhaft-materiellen Wirklichkeit. Das eigentliche Problem der Erziehung bleibt die Unsicherheit unseres Wissens um das Sein des Menschen. Dies zu erforschen, ist Aufgabe der Wissenschaft. Es kann nur im Verhältnis zu bestimmten Gegebenheiten erkannt werden. Die religiöse Frage nach dem Menschen entsteht an dem Widerspruch im Wesen des Menschen, daß er sich dem klar erkannten Seinsanspruch entzieht und dem Ruf des Soll nicht folgt: daß er nicht „das Gute", sondern „das Böse" tut. In der Begegnung mit Gott erkennt der Mensch diesen Widerspruch als existenziell, sein Sein als ein Sündersein. Die Erkenntnis des Sünderseins als des eigentlichen Seins des Menschen ist die Voraussetzung für den Religionsunterricht — nicht vom Kinde, sondern vom Lehrer aus. Da diese Erkenntnis den Anspruch erhebt, letzte Erkenntnis überhaupt zu sein, muß der Religionsunterricht eine Stelle in der auf Wirklichkeit gerichteten Gesamterziehung beanspruchen. Weil diese Erkenntnis uns aufleuchtete im Ansprechen Gottes, darum ist es die Aufgabe des Religionsunterrichts, dieses Wort Gottes weiterzusagen. Das Ziel dieses Religionsunterrichts kann nicht sein, den Menschen zu formen, sondern nur, ihn in die Entscheidung vor Gott zu stellen. Wer aber Gott begegnet, begegnet nicht nur dem richtenden Wort von der Sünde, sondern zugleich dem rettenden Wort von der Gnade, erfährt nicht nur sein Sündersein, sondern auch die Neuschöpfung aus Gott. Diese Neuschöpfung ist Gottes Tat und geschieht unmittelbar, wenn der Mensch vom Worte Gottes betroffen ist. Sie kann deshalb auch nicht Gegenstand und Absicht unseres Handelns sein. So beschränkt sich die Aufgabe des Religionsunterrichts innerhalb einer auf Wirklichkeit gerichteten Gesamterziehung darauf, dem heranwachsenden Menschen, je in seiner Situation, das Wort Gottes zu sagen, durch das die Wirklichkeit Gottes uns begegnet. — Diese Ausführungen riefen eine lebendige, tiefgründige Aussprache hervor, in der deutlich zum Ausdruck kam: Religion ist nicht gleichzusetzen mit Christentum. Religion umfaßt alles Suchen der Menschheit nach Gott, in welcher Form es uns auch entgegentreten mag. Dieses bricht an den Grenzen des Menschentums zusammen. In diametralem Gegensatz dazu steht der Inhalt des Christentums, daß Gott in die Geschichte der Menschheit hineingegriffen hat durch die Offenbarung seines Sohnes. Dieser von Gott selbst gebahnte Weg bleibt der einzige Weg zu Gott, selbst wenn die Wegweiser versagen.

Frau Rektorin Spelsberg aus Wuppertal-Elberfeld begründete in ihrem Vortrag „Der Gesamtunterricht in der Volksschule mit besonderer Berücksichtigung der Mädchenschule. — Grundsätzliches zur Forderung und Durchführbarkeit des Gesamtunterrichts" mit überzeugenden Worten die Notwendigkeit des Gesamtunterrichts in der Volksschule und wies praktische Wege für seine Durchführung. Sie beleuchtete die große Not der Volksschule, wie sie in der aus der erhöhten Kulturlage unserer Zeit zu erklärenden Stoffüberfülle und der aus der höheren Schule übernommenen beziehungslosen Fächerung des Unterrichts erwachsen ist, und zeigte, daß eine dem Wesen des Volksschulkindes und seiner Lebenswirklichkeit gerecht werdende Reform nicht durch bedingungslose Aufhebung der Fächerung, sondern allein durch einen recht verstandenen Gesamtunterricht, der das Ergebnis eines lebendigen Arbeits-, Gemeinschafts- und Heimatsunterrichts ist, erreicht werden kann. Nicht eine andere Anordnung der Stoffe und Fächer kann in Frage kommen. Der Gesamtunterricht hat eine dreifache Begrenzung: er darf nicht fächerlos sein — er kann nicht alle Fächer umschließen — er darf nur Stoffe aufnehmen, zu denen er in organischer Beziehung steht. Er

---

Eng

Veröffentlichung bevorstehen fung des Zollpro

Die angekündigte Not worin diese in ihrer Eig Völkerbundes den General der deutsch-österreichischen gesordnung der Ratstagun Völkerbundssekretariat eing dreiviertel Schreibmaschine Henderson selbst, sondern Foreign Office unterzeichn lich noch im Laufe des fentlicht, nachdem sie vorh gestellt worden ist.

Wie verlautet, ist die Regierung ganz allgemein bestimmten Standpunkt ei englische Regierung lediglich ob sich die deutsch-österrei dem Genfer Protokoll vom lasse. In der Note wird je einen bestimmten Artikel b mieden.

Der Generalsekretär d Drummond, wird im Reise nach Rom und Ber Regierungen Deutschlands

Englands Zi

„Die Aufrechterhaltung de der kürzeste Weg

In einem bemerkenswe litische Lage Europas schre arbeiter der englischen Zei sich die europäische Dipl Phasen der politischen H habe sich England reservie auf den grundsätzlichsten F die britische öffentliche Me Politik von einer unverk Klarheit.

Niemals sei die englisch davon überzeugt gewesen, d sche Regierung, die auf de Vorbedingung für die Abrüs zur Katastrophe Europas se wesen, daß die britische Re Freund Deutschlands wie Kreisen werde die geplante auf das lebhafteste begrüßt Krieg mit Deutschland zu gegen sei die französische der Möglichkeit eines Krieges

Der Nervenzusammenbru Zusammenkunft in Chequers matie ausgelöst habe, werde dafür angesehen, daß man sic Auffassung hingegeben habe, tik in stärkerem Maße zugun dies tatsächlich der Fall sei.

---

muß seine Ergänzung i haben, denn die Techn Schreibens, Zeichnens und Uebung erworben werden. keit macht es nötig, daß starre Form verlieren. Vor richt das richtige Vertrauen und Kindern voraus. Aus unterrichts, wie sie durch sumsverkündigung gekenn zwingende Forderung, daß selbständige Stellung nebe wahrt wird. Zum Schluß ihrer reichen Erfahrung h richt als eine besondere erkannt werden muß, w Wesensart der Mädchen e andere geeignet ist, zu bildung zu führen. — Die diesen Vortrag galt vor all Gestaltung des Gesamtunte

Der letzte Tag brachte stunde in der Stadtkirche, theol. Ruth Fuehrer-Meini zu Grunde lag, und die Kempff-Wittenberg meister tragene Bach'sche Choralm

Die freien Zwischenstun Besichtigungen der geschi der alten Lutherstadt warmes Interesse fand neb vorragende naturkundliche Kleinschmidt im Institut fü unter der sachkundigen ahnungsreichen Blick in weisheit Gottes tun ließ.

Mit der Tagung war Mitgliederversammlung de befaßte sich mit den Ge nahm Stellung zur Schul zur Ausbildung der Lehr Pädagogischen Akademie, zur Junglehrer- und Jun katastrophalen Sparmaßn Städte. Die Forderungen fanden in einer Reihe vo derschlag.

Englische Note überreicht.

Veröffentlichung bevorstehend. — Nur juristische Prüfung des Zollprotokolls beantragt.

— Genf, 14. April.

Die angekündigte Note der britischen Regierung, worin diese in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Völkerbundes den Generalsekretär bittet, die Frage der deutsch-österreichischen Zollangleichung auf die Tagesordnung der Ratstagung im Mai zu setzen, ist im Völkerbundssekretariat eingetroffen. Die Note ist etwa dreiviertel Schreibmaschinenseiten lang und nicht von Henderson selbst, sondern von einem Beamten des Foreign Office unterzeichnet. Sie wird voraussichtlich noch im Laufe des heutigen Dienstags veröffentlicht, nachdem sie vorher den Ratsmitgliedern zugestellt worden ist.

Wie verlautet, ist die Mitteilung der englischen Regierung ganz allgemein gehalten. Ohne selbst einen bestimmten Standpunkt einzunehmen, beantragt die englische Regierung lediglich, der Rat möge prüfen, ob sich die deutsch-österreichische Zollangleichung mit dem Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922 vereinen lasse. In der Note wird jede Bezugnahme auf irgendeinen bestimmten Artikel der Völkerbundssatzung vermieden.

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, wird im Verlaufe dieser Woche eine Reise nach Rom und Berlin antreten, um mit den Regierungen Deutschlands und Italiens über die Behandlung schwebender politischer Fragen Fühlung zu nehmen. Zunächst begibt sich der Generalsekretär nach Rom; seinen Besuch in Berlin hat er für den 22. April angemeldet.

Haag erörtert den Schulstreit.

— Haag, 14. April.

Der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag tritt am heutigen Dienstag zu seiner 21. Tagung zusammen. Zur Verhandlung steht ausschließlich der deutsch-polnische Streitfall wegen der deutschen Minderheitenschule in Ostoberschlesien. Die Hauptfrage, mit der sich der Gerichtshof zu befassen hat, lautet auf Grund der am 24. Januar 1931 vom Völkerbundsrat in Genf gefaßten Entschließung wie folgt:

„Kann den Kindern, die als Folge der in der Entschließung des Völkerbundsrats vom 27. März 1927 vorgesehenen Sprachprüfungen von den deutschen Minderheitenschulen ausgeschlossen wurden, jetzt auf Grund dieser Tatsache der Zugang zu diesen Schulen verweigert werden?"

Der Gerichtshof setzt sich wie folgt zusammen: Präsident Adatchi, Japan; Vizepräsident Guerrero, Salvador; Beisitzer Prof. Dr. Schücking, Deutschland, Kellogg, Vereinigte Staaten, Baron Rolin-Jacquemyns, Belgien, Graf Rostworowski, Polen, Fromageot, Frankreich, Altamira, Spanien, Anzilotti, Italien, Sir Cecil Hurst, England, Negelesen, Rumänien, Jhr. van Eysinga, Holland.

Revolutionäre Wahlen.

— Madrid, 14. April.

Die erste freie Wahl in Spanien nach dem Sturz der Diktatur und nach etwa acht Jahren wahlfreier Zeit hat der spanischen Monarchie eine Niederlage gebracht, wie sie in diesem Ausmaße von niemandem erwartet worden ist. Bereits beim Eintreffen der ersten Wahlresultate machte sich in Madrid eine große Erregung bemerkbar; die Schlußmeldungen erhöhten die Nervosität dann noch um ein beträchtliches. Wie groß die Ueberraschung war, ging schon daraus hervor, daß nach der Klarstellung der Wahltendenz der Königspalast scharf bewacht wurde und in Madrid Gerüchte umliefen, die von der Mobilisierung der Regimenter wissen wollten.

Von den Kabinettsmitgliedern fand als einer der ersten der Minister des Innern, Graf Romanones, den Mut, offen zuzugeben, daß die Neuwahl der Gemeinderäte, der in den nächsten Monaten die Wahl eines neuen Parlaments folgen soll, für die Regierung gar nicht schlimmer hätte ausfallen können!

Diese Beurteilung der Lage ist richtig, aber die Einschränkung, die Graf Romanones macht, kann sich sehr leicht als falsch herausstellen. Denn tatsächlich sind diese Wahlen, die man allgemein als eine entscheidende Umwälzung wertet, auch für das spanische Königshaus katastrophal. Die Republikaner und Sozialisten, die am letzten Sonntag in vielen Kommunalverwaltungen die Mehrheit erobert haben, dürften jetzt dazu neigen, ihre Agitation zu verschärfen. Kennzeichnend für die Stimmung dieser Kreise ist eine Erklärung, die Oberst Macia, der bekannte Führer des früheren katalanischen Aufstandes, sogleich nach Bekanntwerden der ersten Wahlresultate abgab und in der er die Abdankung des Königs forderte. Lehne König Alfons diesen Weg ab, dann bleibe ihm nur übrig, meinte Oberst Macia, die Diktatur wieder einzuführen. Aber das würde nur blutige Aufstände auslösen und so das Königshaus erst recht ins Verderben führen. „Könige, die ihrem Volke nicht gehorchten, müßten auf das gleiche Schicksal wie Ludwig XVI. gefaßt sein."

Den nächsten Maßnahmen der Regierung sieht man mit großer Spannung entgegen. Als sich vor einigen Wochen schon einmal die Situation kritisch zuspitzte, gelang es König Alfons, durch sein entschiedenes Eingreifen in letzter Minute die Entwicklung zu seinen Gunsten zu beeinflussen und sein Prestige zu erhöhen. Wird ihm ein ähnlicher Erfolg zum zweiten Male beschieden sein oder ist der Erdrutsch jetzt schon derart in Gang gekommen, daß die weiteren Ereignisse sich zwangsläufig vollziehen werden?

Von den ausländischen Beobachtern hört man vielfach die Meinung, König Alfons sei politisch nicht mehr zu retten, die Frage sei daher nur noch, ob lediglich die Person des derzeitigen Monarchen, oder ob schon die Monarchie selbst bedroht sei.

So ernst die Lage zu bewerten ist, so ist andererseits auch nicht zu übersehen, daß dem König auch in dieser kritischen Stunde noch starke Kräfte zur Seite stehen. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Armee, deren Haltung wie in den früheren Krisen so auch in der neuesten den Gang der Ereignisse entscheidend mitbestimmen wird. Allerdings scheint die Unzufriedenheit, wie sie jetzt die Wählerschaft bekundet, auch in der Armee seit langem weit verbreitet zu sein. Erinnert sei hier an den Aufstand der Grenzgarnison Jaca und an die Revolte der Fliegerelite.

Entsprechend der leidenschaftlichen Stimmung, die jetzt in Spanien vorherrscht, ist es bei den Wahlen verschiedentlich zu Zwischenfällen gekommen. So stießen in Madrid Legionäre mit republikanischen Elementen zusammen. Zur Wiederherstellung der Ordnung mußte Polizei herbeigerufen werden; mehrere Personen wurden verhaftet. In der Provinz Valencia wurden eine Anzahl Wahlurnen zerbrochen. In der Stadt Valencia trieb die Polizei einen Umzug auseinander, wobei mehrere Schüsse gewechselt wurden. In Santander wurden während eines Fußballkampfes die Spieler wegen politischer Fragen handgemein. Die Menge drang auf den Spielplatz. Drei Personen, darunter der Schiedsrichter, wurden schwer verletzt.

Das endgültige Ergebnis der Neuwahl der spanischen Gemeinderäte dürfte kaum vor Donnerstag bekannt werden. Nach dem vorläufigen Ergebnis sind in Madrid von fünfzig Sitzen dreißig den republikanischen und sozialistischen Kandidaten zugefallen. Alle Mitglieder des revolutionären Komitees wurden gewählt. Im Wahlkreis des Königspalastes sind zwei Monarchisten und drei Republikaner gewählt worden. Von den 50 Provinzhauptstädten scheinen die Republikaner 40 erobert zu haben. Die Städte Cadiz und Orense haben dagegen einen rein monarchistischen Gemeinderat gewählt, und in Avila und Pombelune haben die Monarchisten die Mehrheit. Wenn ferner auf Grund der Neuwahl Kommunisten in verschiedene Gemeinderäte einziehen, dann ist das das erstemal, daß in Spanien Kommunisten zu Gemeinderäten gewählt worden sind.

Ihre Hoffnungen setzt die Regierung auf die Landbevölkerung, von deren königstreuer Gesinnung sie noch einige Korrekturen des Wahlergebnisses erwartet.

Englands Ziel in Europa.

„Die Aufrechterhaltung der französischen Uebermacht der kürzeste Weg zur Katastrophe."

— London, 14. April.

In einem bemerkenswerten Aufsatz über die politische Lage Europas schreibt der diplomatische Mitarbeiter der englischen Zeitschrift „Observer", solange sich die europäische Diplomatie mit den einzelnen Phasen der politischen Hauptprobleme befaßt habe, habe sich England reserviert verhalten. Jetzt, wo es auf den grundsätzlichsten Fragenkomplex ankomme, sei die britische öffentliche Meinung wie auch die britische Politik von einer unverkennbaren Einfachheit und Klarheit.

Niemals sei die englische öffentliche Meinung stärker davon überzeugt gewesen, daß die Politik der französischen Regierung, die auf der bewaffneten Uebermacht als Vorbedingung für die Abrüstung bestehe, der kürzeste Weg zur Katastrophe Europas sei. Niemals sei es klarer gewesen, daß die britische Nation in demselben Sinne ein Freund Deutschlands wie Frankreichs sei. Von weiten Kreisen werde die geplante Zusammenkunft in Chequers auf das lebhafteste begrüßt. Niemand glaube an einen Krieg mit Deutschland zu irgend einem Zeitpunkt. Dagegen sei die französische Diplomatie auf der Hypothese der Möglichkeit eines Krieges mit Deutschland aufgebaut.

Der Nervenzusammenbruch, den die Nachricht über die Zusammenkunft in Chequers bei der französischen Diplomatie ausgelöst habe, werde in London als ein Zeichen dafür angesehen, daß man sich der gefährlichen und falschen Auffassung hingegeben habe, daß die offizielle britische Politik in stärkerem Maße zugunsten Frankreichs tendiere, als dies tatsächlich der Fall sei.

Englands Politik werde in Europa nicht leicht verstanden. Ihr Ziel bestehe darin, die Isolierung Frankreichs oder Deutschlands zu verhindern, den Status der europäischen Gleichheit, der die theoretische Grundlage für die Locarno-Verträge bilde, wiederherzustellen, die daraus sich ergebende Sicherheit auf alle Unterzeichner des Kellogg-Paktes auszudehnen und so den Erfolg der Abrüstungskonferenz vorzubereiten.

In einem zweiten Artikel betont die Zeitung nochmals: die These eines dauernd einer bewaffneten Uebermacht unterworfenen Deutschland sei eine Torheit; sie würde, wenn sie wirksam werden sollte, nicht zur Sicherheit, sondern zur Katastrophe führen.

Die Kriegsschuldlüge.

Englands Kriegsvorbereitungen.

London, 13. April. Im „Evening Standard" wird jetzt ziemlich offen zugegeben, daß schon Ende Juli 1914, also noch vor der Kriegserklärung Englands an Deutschland, englische Nahrungsmittelvorräte in Ostende lagerten. Dies sei aber ohne die Kenntnis und die Zustimmung der Brüsseler Stellen geschehen. Es sei ferner möglich, daß der englische Militärattachee in Brüssel gewisse „Unterredungen" mit dem belgischen Generalstab gehabt habe und daß auch ein Austausch von „Denkschriften" stattgefunden habe. Aber auch dies sei ohne Vorwissen (?) der belgischen Regierung geschehen.

Madrid vor der Entscheidung.

Vor dem Rücktritt der Regierung.

— Madrid, 13. April.

Das spanische Kabinett ist zu einem außerordentlichen Ministerrat zusammengetreten, um zu der durch das Ergebnis der Gemeindewahlen geschaffenen politischen Lage Stellung zu nehmen. Nach einer Havasmeldung aus Madrid rechnet man allgemein damit, daß das Kabinett seinen Rücktritt erklären wird.

Vor Beginn des Ministerrats wurde Ministerpräsident Aznar von der Presse auf die Gerüchte über eine bevorstehende Krise hingewiesen. Er erwiderte, die Krise sei schon da, wenn ein Land, das sich für monarchisch gehalten habe, sich als radikal republikanisch herausstelle. Der Ministerrat werde sicher entscheidende Beschlüsse fassen, und man stehe

vor wichtigen Ereignissen

In Madrid ging heute das Gerücht um, daß der Führer der reformistischen Partei, die eine Zusammenarbeit mit der Monarchie nicht ohne weiteres ablehnt, Melquiades Alvarez mit der Bildung einer Regierung beauftragt werden solle, deren Aufgabe die Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung sein würde. In einer der Presse übergebenen Erklärung stellt Melquiades Alvarez, der bekanntlich bei der Februarkrise eine Regierung bilden sollte, aber von den monarchischen Kreisen in den Hintergrund gedrängt wurde, fest, daß er unter den gegenwärtigen Umständen nicht daran denken könne, ein Kabinett zu bilden.

*

Paris, 13. April. Wie aus Madrid gemeldet wird, soll das spanische Kabinett am Montag nachmittag zu einer entscheidenden Sitzung zusammengetreten sein. Dieser Sitzung sei eine lange Unterredung zwischen dem König Alfons und dem Grafen Romanones und dem Admiral Aznar vorausgegangen. Obgleich noch keine Entscheidung gefallen sei, rechne man mit dem Rücktritt der Regierung.

Die Pariser Abendpresse nimmt nur in allgemein gehaltenen Ausführungen zu den Vorgängen in Spanien Stellung. Der „Temps" erklärt u. a., daß man in Spanien jetzt vor der Entscheidung stehe. Ein ruhiger Verlauf der Geschehnisse sei noch möglich, wenn man die Cortes einberufe. Wenn man jedoch den Versuch machen sollte, auf diktatorische Maßnahmen zurückzugreifen, so sei das Schlimmste zu erwarten.

Die „Liberté" ist der Ansicht, daß Spanien dem Abgrund zugleite und man vielleicht schon morgen erleben werde, daß das Land der Ausbeutung ehrgeiziger Politiker anheimfalle.

muß seine Ergänzung in einem Uebungsunterricht haben, denn die Technik des Rechnens, Lesens, Schreibens, Zeichnens und Singens kann nur durch Uebung erworben werden. Die praktische Durchführbarkeit macht es nötig, daß Stunden- und Lehrplan ihre starre Form verlieren. Vor allem setzt der Gesamtunterricht das richtige Vertrauensverhältnis zwischen Lehrern und Kindern voraus. Aus der Eigenart des Religionsunterrichts, wie sie durch seine Aufgabe der Evangeliumsverkündigung gekennzeichnet ist, ergibt sich die zwingende Forderung, daß dem Religionsunterricht seine selbständige Stellung neben dem Gesamtunterricht gewahrt wird. Zum Schluß betonte die Referentin aus ihrer reichen Erfahrung heraus, daß der Gesamtunterricht als eine besondere Forderung der Mädchenschule erkannt werden muß, weil diese Unterrichtsform der Wesensart der Mädchen entspricht und mehr als jede andere geeignet ist, zu dem Ziel vertiefter Mädchenbildung zu führen. — Die äußerst rege Aussprache über diesen Vortrag galt vor allem der Frage der praktischen Gestaltung des Gesamtunterrichts.

Der letzte Tag brachte eine gottesdienstliche Feierstunde in der Stadtkirche, der eine Andacht von Lic. theol. Ruth Fuehrer-Meiningen über 2. Kor. 6, 1—10 zu Grunde lag, und die durch von Herrn Pfarrer Kempff-Wittenberg meisterhaft auf der Orgel vorgetragene Bach'sche Choralmelodien verschönt wurde.

Die freien Zwischenstunden der Tagung wurden zu Besichtigungen der geschichtlichen Sehenswürdigkeiten der alten Lutherstadt ausgenutzt. Ein besonders warmes Interesse fand neben den Lutherstätten die hervorragende naturkundliche Sammlung von Pfarrer Dr. Kleinschmidt im Institut für Weltanschauungskunde, die unter der sachkundigen Führung des Besitzers einen ahnungsreichen Blick in die unergründliche Schöpferweisheit Gottes tun ließ.

Mit der Tagung war die 16. Vertreterinnen- und Mitgliederversammlung des Vereins verbunden. Diese befaßte sich mit den Geschäfts- und Arbeitsberichten, nahm Stellung zur Schul- und kirchenpolitischen Lage, zur Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen in der Pädagogischen Akademie, zum Ausbau der Volksschule, zur Junglehrer- und Junglehrerinnennot und zu den katastrophalen Sparmaßnahmen der Staaten und Städte. Die Forderungen des Vereins zu diesen Fragen fanden in einer Reihe von Entschließungen ihren Niederschlag.

Eine Erklärung Zamorras.

Madrid, 13. April. Der revolutionäre Ausschuß erklärt in einer von Zamorra unterzeichneten Mitteilung an die Presse, daß der Wahlausgang den Willen Spaniens zur Republik ausdrücke. Wenn die Krone daraus nicht die Schlußfolgerungen zöge, werde die Republik mit Gewalt eingesetzt werden.

Neue Vermittlungsbemühungen Borahs.

* Einer Washingtoner Meldung zufolge hat Senator Borah die Sowjetregierung durch ein Telegramm veranlaßt, die Verfügung zurückzuziehen, durch die zwei amerikanischen Fliegern, die einen Flug um die Welt planen, das Ueberfliegen russischen Gebietes untersagt wurde. Das Vorgehen des Senators soll durch den Wunsch veranlaßt worden sein, die Anerkennung der Sowjetregierung durch die Vereinigten Staaten zustandezubringen.

Völkerbund und Zollunion.

— Genf, 14. April.

Wie in Völkerbundskreisen verlautet, ist anzunehmen, daß zu den Beratungen des Rates über die Frage der deutsch-österreichischen Zollangleichung auch Oesterreich und die Tschechoslowakei als Unterzeichner des Genfer Protokolls vom 4. Oktober 1922 eingeladen werden.

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, wird am 17. d. M. zu Besprechungen mit dem italienischen Außenminister Grandi nach Rom reisen. Im Anschlu ßdaran begibt sich Sir Eric Drummond nach Berlin, wo er am Mittwoch, den 22. d. M., eintreffen und voraussichtlich zwei Tage verweilen wird. Der Generalsekretär wird den Aufenthalt in Berlin benutzen, um mit dem Außenminister Dr. Curtius und dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, v. Bülow, aktuelle Völkerbundsfragen zu besprechen. Der Untergeneralsekretär Dufour-Féronce wird an den Besprechungen teilnehmen.

Das Stahlhelm-Volksbegehren

Die Eintragungsziffern nach dem ersten Sonntag.

Der erste Eintragungs-Sonntag hat dem Volksbegehren des Stahlhelms auf Auflösung des preußischen Landtags in Berlin 50 460 neue Unterschriften zugeführt. Die Gesamtzahl der Eintragungen beträgt damit in Berlin 129 399. Beim Volksbegehren gegen den Youngplan sind in der gleichen Zeit, also in den ersten fünf Tagen, 93 829 Eintragungen erfolgt.

Aus den übrigen Städten liegen folgende Eintragungsziffern vor: Magdeburg 14 375, Halle 22 275, Stettin 7238, Kiel 12 584, Frankfurt a. M. 10 638, Düsseldorf 7876, Koblenz 4000, Beuthen O.-S. 4276, Königsberg 14 217, Breslau 18 000.

In der Provinz Ostpreußen hat die Zahl der Eintragungen mit dem Sonntagsergebnis das zweite Hunderttausend überschritten.

Stahlhelm-Beschwerde beim Kanzler.

— Magdeburg, 14. April.

Nach einer Mitteilung des Bundesamtes des Stahlhelm hat der Leiter der Abteilung Volksbegehren beim Bundesamt im Auftrage der Bundesführung des Stahlhelm dem Reichskanzler „die gröbsten Fälle der zahllosen bisher schon erfolgten Behinderungen des Volksbegehrens „Landtagsauflösung" durch Behörden auf Grund der Notverordnung übermittelt und sein Eingreifen zum Schutze der verfassungsmäßigen Volksabstimmung in Preußen erbeten."

•

Das preußische Volksbegehren.

Am 21. April ist der letzte Termin für die Einzeichnung zum Volksbegehren. Diese Woche sollte jeder, der ein Interesse daran hat, daß der preußische Landtag eine andere Zusammensetzung erhält, seine Pflicht tun. Jeder wahlberechtigte preußische Staatsbürger, Mann und Frau, kann sich in den festgesetzten Bürostunden an den betreffenden Amtsstellen in die Liste eintragen.

Die russische Spionage.

Mißbrauch der Anwerbung von Auswanderern.

Wie zu der Industriespionage bei den J. G. Farben-Werken ergänzend gemeldet wird, scheint es den kommunistischen Werkspionen hauptsächlich darum zu tun gewesen sein, neuere Apparateskizzen und Mitteilungen über technische Verfahren verschiedener Art zu erhalten; auch um Rezepte für Karbolsäure, um Einzelheiten des Nitro-Lack-Verfahrens und des Harnstoffverfahrens, der Asphaltmassenherstellung und der Kohleverflüssigung bemühten sie sich.

Bei der Anknüpfung der Beziehungen spielte auch der bayrische kommunistische Landtagsabgeordnete Eugen Herbst eine Rolle.

Der Führer in der ganzen Sache war Erich Steffen, der nicht nur in der Chemiegruppe der R. G. O. tätig war, sondern gleichzeitig auch ein Büro **im Hause der russischen Handelsgesellschaft** hatte, als deren Sekretär er tätig war. Anscheinend in dieser Eigenschaft organisierte er die Auswanderung deutscher Facharbeiter nach Rußland.

Mitteilung.

— **Westdeutscher Rundfunk** sendet — nicht! Uns wird mitgeteilt, daß der Vorstand des Christlichen Sängerbundes, nachdem bereits im Herbst Rundfunkwiedergabe für die Evangelische Kundgebung in der Dortmunder Westfalenhalle fest beabsichtigt war — vor 8 Tagen doch den Verzicht darauf beschloß. — Die vielen Hörer hin und her im Lande, die sich auf unsere Mitteilung von der Uebertragung zum frohen Genuß um 4 Uhr in ihrem Apparat versammelt hatten, sind scheinbar der Meinung gewesen, sie seien einem nachträglichen Aprilscherz zum Opfer gefallen. Das ist nicht der Fall. Unser Glaube an die Richtigkeit unserer Meldung war so stark, daß wir erst gegen ½6 Uhr die Hoffnung aufgaben, nachdem wir manchen telefonischen Anruf tröstend abgefertigt hatten.

Hinweis.

11 337 Eigenheime hat die Gemeinschaft der Freunde in Ludwigsburg/Württ. in 6¼ Jahren mit über 170 Millionen Reichsmark finanziert. Mit dieser größten und erfolgreichsten deutschen Bausparkasse haben mehrere hundert evangelische Pfarrer, Gemeinden und Vereine Bausparverträge abgeschlossen.

Kirchennachrichten für Zion.

Donnerstag 19½ Uhr: Pastor Wörmann.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik; Dr. H. Huttel, Anzeigen: K. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Hospize und Heime.

Haus Bergblick, Luftkurort Ilsenburg, freundl., ruh., sonniges Heim im Harz unterhalb des Brockens. Behagl. einger. Zimmer mit und ohne Pension. Mäßige Preise. Ausk. Auskunft erteilt **Tabea Sprick** (vorm Frau Pastor M. Sprick).

Heidelberg, Christliches Hospiz Wartburg (früh. Blau-Kreuz-Hotel) Schiffgasse 2, am Neckar gelegen mit schöner Aussicht auf das Gebirge. Zimmer mit fließend. Wasser, Zentralheizung, Bad, elektr. Licht, Fernruf 755. 40 Betten von 2,50 bis 5,— Mk. Vorsaison Ermäßigung. Besitzer: August Kühn.

Köln a. Rh. Christl. Hospiz, Hotel Fernes. Inh.: Fritz Kraus, Diakon Johannisstr. Nr. 77, Tel. Rheinl. 3562 (nicht zu verwechseln mit Johannisstraße Nr. 39). Freundl. Zimmer mit guten Betten! Vorzügl. bürgerliche Küche! Mäßige Preise!

Bicken, Dilltreis, Bez. Wiesbaden. **Land-Jugendheim „Dennoch".** Freizeit- und Erholungsheim für Kinder und Jugendliche. Schöne Lage am Wald, 7½ Morgen großer Obstgarten. Badegelegenheit. Mäß. Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Anfr. an: Lehrer a. D. Th. Kopp, Herborn, Dillkreis.

Leipzig. Christl. Hospiz, Roßstraße 14 Bes.: Verein für Inn. Mission. Straßenbahn 2 und 16. Fernruf 16290 und 20791. Preis pro Bett 2,75—4,50 Mk. einschl. Steuern.

Bad Lippspringe. Christl. Erholungsheim Immanuel. Trautes Heim am Tannenwald. Vorzügl. Verpflegung. Bill. Preise. Das ganze Jahr offen. Zentralheizung. Bäder. Liegehallen. Andachten.

Barmen. Christl. V. j. M. Immanuel Hospiz und Pensionat. Untere Lichtenplatzerstraße 8, Fernsprecher 36521. Behagliches Heim mit guter Verpflegung für kürzeren und längeren Aufenthalt. Zentralheizung, elektr. Licht und Bad im Hause. — Mäßige Preise. Zu erreichen mit Linie 8 ab Hauptbahnhof, Haltestelle Schillerstraße.

Nordseebad Langeoog. Tongers Familienheim bietet Erholungsuchenden Wohnung mit gut bürgerlicher, seegemäß kräftiger Verpflegung. Kurze Abendandachten hält im Juli Pastor Tegtmeyer, Vorsteher der Diakonenanstalt Nazareth in Bethel, und im August Pastor Voigt am Diakonissenhaus Sarepta in Bethel. Weitere Auskunft wird kostenlos durch Hausprospekt gern erteilt.

Hospiz C. V. j. M., Christl. Verein jg. Männer e. V., **Essen,** Hoffnungstr. 9 (Nähe Limbeckerplatz). Vollständ. neu eingerichtet, elektr. Licht, Zentralheizung. Ruhige Lage. Einzelzimm. von Mk. 2.75.

Luzern (Schweiz), Johanniterhof Vierwaldstättersee, Christl. Hospiz, Sempacherstr. 46, 5 Min. von Bahn und Schiff. — Mäßige Preise. Kein Trinkzwang. Trinkgeldberechnung. Restauration.

Nürnberg. Horeskahaus Sterntorhospiz, 3 Min. links vom Bahnhof. 3,50 Mk. an.

Schloß Rhoden (Waldeck). Erholungsheim für berufstätige Damen. Beste Verpflegung. Schöne Zimmer mit herrlicher Aussicht. Tagespreis 4,50 und 4,25 Mk.

Unkel a. Rhein. Horeskahaus Hote Schulz. Direkt am Rhein. Pensionspreis von 7 Mk. an.

Wernigerode am Harz. Harzfriede, Christl. Erholungshaus und Hospiz. 60 Z., 80 B. — Geöffnet Mai bis Okt. Pens.-Preise ab 1. Sept. RM 4.50 bis RM 6,— (Balkonzimmer und 4 Mahlzeiten) — Werbeschrift — Fernruf 522.

Bad Salzuflen. Christl. Erholungsheim „Bergfriede". Eigentum des Diakonenhauses Nazareth, Bethel. Mäßige Preise, für Berufsarbeiter der Inn. Mission besondere Ermäßigung. Hausvater Schneider, Salzuflen (Lippe), „Bergfriede".

Nordseebad Ostpr. Kaiserin-Auguste Viktoria-Heim. Evang. Kurhaus a. d. Ostsee. Wundervoller Strand. Herrl. Wald. Schöne Spaziergänge. Großer Park. **Gute Pension** 3,50—5,00 Mk., je nach der Jahreszeit. Jahrüber geöffnet. (Inh. Ev. Frauenhilfe.)

Oberndorf b. Feudingen, Kr. Wittgenstein. Christliches Erholungshaus Elim. Winter und Sommer geöffnet. Stärk. Luft herrl. Wald. Tägl. Andacht 4,— bis 4,50 Mk. Gut eing. Zimm. mit elektr. Licht. Badeeinrichtung. Anmeld. an die Leitung.

Ostseebad Müritz, christl. Familienpension Min Hüsing. Winter und Sommer geöffnet. Sehr gute Verpflegung, elektr. Licht, Bad. Breiter Strand, herrl. gesch. Waldspaziergänge. Bes.: Frl. Engel und Frau Dir. Schlapoczek.

Hamburg. Auswandererheim und Hospiz zur Stadt besucher. 4 Minuten vom Hauptbahnhof, Nautendorfstr. 11, neu eingerichtet, Betten von Mk. 1.75 an; Zentralheizung, fließendes Wasser, sehr preiswerte und gute Verpflegung. Telephon Hansa 4702.

Christl. Hospiz und Erholungsheim, Bad Salzuflen, Wenkenstraße 30, Telefon 904. Unmittelbar am Kurgarten. Neuzeitl. einger. Zentralhzg. Fließ. Wasser. Beste Verpfl. Auch Tagesgäste. Vor- und Nachsaison billiger. Näheres durch Prospekt.

Erholungsheim im Solling b. Dassel, Krs. Einbeck, Weserbergland. Höhenlage inmitten herrlicher Laub- und Fichtenwälder, Licht-, Luft- und Sonnenbäder, Zentralheizg., elektr. Licht. Andachten und Bibelstunden. Prospekte kostenlos.

Caub a. Rh., Haus Elsenburg, Erholungsheim des Westd. Jünglingsbundes. Prachtvolle Lage. Freundl. Zimmer, gute Verpflegung, mäßige Preise. Das ganze Jahr für jedermann geöffnet. Werbeschrift sendet Ferd. Hinnenberg.

Wernigerode-Oberhasserode. Christl. Haus Waldfrieden-Steveking, Steinberg 18, nahe Tannenhochwald und 4 Min. v. Station Hasserode der Harzquerbahn. Zentralheizg. Das ganze Jahr geöffnet. Fräulein E. Steveking

Wölfelsgrund. Glatzer Schneegebirge Deutsch-christl. Touristenheim Hötzelei im Bergwald an einem Fußweg gelegen, für kürz. und läng. Aufenthalt geeignet. Nachtl. von 1,50 Mk. an, Frühstück 75 Pfg. Charlotte v. Radecke

Christliches Erholungsheim Rhönhäuschen, Bahnstation: Zeitlofs-Unterfranken (Lokalbahn Jossa-Bad Brückenau), bietet für 4,50 und 10% 4 gute und reichliche Mahlzeiten, fröhliche Geselligkeit, Liegekuren in staubfreier, kräftiger Luft, herrliche Rhönwanderungen, Brunnenkuren, Gelegenheit zu Badekuren im nahe gelegenen Bad Brückenau. Auskunft durch die Besitzerin: Gräfin Schulenburg, Zeitlofs-Unterfranken. Empfohlen durch Pastor Hölzel.

Kurhaus Monbachtal. Christl. Erholungsheim im Schwarzwald, herrliche, einsame Lage zwischen Höhen und Wäldern. Frdl. Zimmer, gute Küche. Eine halbe Stunde von Bad Liebenzell, Bahnhof **Monbach-Neuhausen.** Tagespreis Mk. 4.50 bis 5.50.

Leipzig. Christl. Hospiz Wittenberger-Hof, Czermaksgarten 10, 6 Min. vom Hauptbahnhof, linker Ausgang). Ruhigste Lage. 30 Zimmer. Elektr. Licht. Zentralh., Bäder. Preis pro Bett 2,50 bis 4,— Mk. einschl. Bedng.

Orsoy (Niederrhein). Heimvolkshochschule f. j. Mädchen v. 18 J. Einjähr. Lehrgang. Ziel: Charakterbildung auf christlicher und deutscher Grundlage. Neben wissenschaftlichem Unterricht auch hauswirtschaftlicher mit Praxis.

Münster i. W., Christl. Hospiz, Sternstraße 8, Fernruf 1242. 8 Min. vom Bahnhof. Ruhige Lage. 10 Zimmer 12 Betten von 2—3 Mk.

Darmstadt. Evang. Hospiz „Marthahaus", Stiftsstr. 14. Einzelzimmer mit Frühstück für 2.80 Mk.

Baden-Baden. Chr. Hospize Tabor und Taborhöhe. Behagl. Aufenthalt. Gute Küche. Pension von Mk. 6.50 an.

Bad Dürrheim (Schwarzwald), höchstgelegenes Solbad Europas. **Christliches Erholungsheim „Haus Hecht".** Neuzeitlich eingerichtetes Neuhaus für spezielle Winterkuren, Solbad im Hause. Zentralheizung in allen Räumen. Fließendes warmes und kaltes Wasser in allen Zimmern. Die ganze Südfront mit großen Liegeterrassen versehen. Gute und reichliche Verpflegung bei 5 Mahlzeiten. Diätküche. Staubfreie ruhige Lage. Mäßige Preise. Telefon Nr. 233.

Kinderheim Paulsen. Ganzjährig geöffnet. Prospekt frei d. d. Besitzer Gemeindevorsteh. Paulsen, **Amrum-Norddorf.**

Stuttgart. Hospiz z. Herzog Christoph, Christophstraße 11. 60 Zimmer von Mk. 3,50 ab. Zentralheizung, Elektr. Licht. Kein Trinkgeld. Aufzug. Voranmeldung ratsam.

Kurort Elim, Bad Wildungen, Naturkuren, Wildunger Kuren, Sommerfrischler. 4 Pensionshäuser, 75 Betten, 126 Morgen, stille Lage vor der Badestadt am waldigen Südabhang. Zwei Sonnenbäder, 1 Badehaus mit Wannen- und Lehmbäder (kalt und warm), Felkebäder. Vegetarische und Fleischküche. Pensionspreis je nach Zimmer 4—5.50 Mk. und 10%. Aerztliche Beratung und Kuren ermäßigt. Keine Kurtaxe. Dauerpensionat. Andachten. Alles Nähere durch Prospekt: Was Sie vom Kurort Elim wissen möchten.

Braubach am Rhein. Erholungsheim „Haus Friedrich", christliches Haus in ruhiger, staubfreier Lage, 3 Min. vom Tannenwald, mit herrl. Rheinpanorama, eines der schönsten am Rhein. Veranda, Terrasse und Ruhehalle mit Liegestühlen, altbek. vorzügl. Verpfl. Obst- und Traubenkuren. Auf Wunsch Diätküche, reine Obst- und Traubensäfte. Herrl. Ausflüge in die waldreiche Umgebung. Mäßige Preise. Illustrierte Prospekte frei. Telefon 234.

Stolberg Harz. Christl. Erholungsheim. Bevorz. Lage, best eingerichtet, ruhig. Haus. Andacht. Sanatoriumsverpflegung. Mäßige Preise.

Christl. Erholungsheim „Tabor", Sachsenberg i. Waldeck. Schöne, stille Lage, direkt am Walde, gute Verpflegung, 4 Mahlzeiten, elektr. Licht und Bad im Hause, Pensionspreis 3.50 und 4.—. Tägl. Andachten. Für alleinstehende Damen auch als Dauerheim geeignet. Aenne Müller.

Christl. Erholungshaus Dingelstedt am Huy, Bahnhofstraße. Arzt im Hause. Moorbäder und andere Heilbäder im Hause, Inhalatorium zur Asthmabehandlung und für Luftröhrenkatarrhe, Röntgen, Diathermie, Höhensonne, Liegekuren. Preis einschließl. ärztl. Beratung 5.50 Mk. Modern eingerichtet in landschaftlich schöner Gegend. Badezeit Mai bis Oktober.

Ostseebad Göhren auf Rügen, Christl. Hospiz Gottesgruß in herrl. Waldlage und nahe dem steinfr. Strand, bietet Erholungsuchenden ruhigen Ferienaufenthalt, beste Verpflegung. Mäßige Preise. Prospekte durch die Leiterin.

Haus Pniel-Reinbek-Schloß am Sachsenwald und Billestrand. Neu hergerichtet, gr. Veranda. Park mit Liegewiese am Wasser. Preise niedrig, entgegenkommend. Küche sehr gut; auf Wunsch extra Kost. Tägl. Bibelstunde. Viele Ausflüge. Heide. Elbstrand, Seebäder. Prospekt und Bild durch Marg. von Patow.

Wendlinghausen in Lippe. Bibel- und Erholungsheim. Gute Verpflegung, viel Stille, schöne waldreiche Umgebung. Morgen- und Abendandachten. Wöchentl. Bibelstunden. — Hausmutter Schw. Helene Rudisile. — Platz für 20 Gäste. Pension 3,50 bis 5.— Mk. Bahn und Post Farmbeck in Lippe, 2½ km vom Heim entfernt. von Reden-Wendlinghausen.

Alkoholkranke! Wo finden dieselben Aufnahme und gewissenhafte, individuelle Behandlung und Pflege? Im **Haus Burgwald, „Heilstätte" Eberstadt b. Darmstadt.**

Bad Berka. In kleinem Erholungsheim finden

3-4 junge Mädchen

Aufnahme zur Erlernung der Küche, des Haushalts, anfertigen v. Wäsche u. Kleidern, Handarbeiten. Pensionspreis 60 Mk. monatl. Ebenso finden junge Mädchen u. Kinder guten

Erholungsaufenthalt

für kürzere u. längere Zeit bei mäß. Preis. **C. Rost, Klosterberg 59a.**

Suche zu sofort einf., gl., jung.,

Mädchen

(15—17 Jahre) zur Erlernung der Küche und des Haushalts. Schriftliche Offerten an die Geschäftsstelle d. Bl. unter A 1434.

Entschieden christliches

jung. Mädchen

nicht unter 20 Jahren, welches alle vork. Arbeiten verrichtet, sucht für sofort

M. Wohlfeld, Perleberg Bez. Potsdam, Neetzerstraße 73 (Herberge zur Heimat).

Gewissenhafter kirchl. gesinnter Mann, ledig, 44 J. alt, sucht bei besch. Anspr. für früher od. später

Anstellung

i. christl. Anstalt (Erziehungshaus, Hospiz od. dergl.) für Hausdienst od. ähnl. Betätigung, evtl. auch in Auslandsanstalt. Gefl. Zuschr. unter A 1383 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts" erbeten.

KB

KLISCHEES

ERHÖHEN DIE WIRKSAMKEIT IHRER ANZEIGEN.

ALLE DRUCKSTÖCKE IN MUSTERGÜLTIGER AUSFÜHRUNG

BORGSTÄDT & BUSCH

BIELEFELD TELEFON No. 1306

Schönes

möbl. Zimmer

zu vermieten. **Hahn, Bielefeld,** Gütersloher Str. 73¹

Kleine christliche

Privat-Pension

Otto Roth

Luftkurort Auerbach a. d. B.

Villa, Garten. Sonnige Lage. Liegehalle. Bürgerl. Küche; Vegetar. und Rohkost. Bad im Hause. Preis Mk. 4.—, Mk. 5.—

Unglückliche und Minderbemittelte haben Ermäßigung.

Stellengesuche u.-Angebote

haben im

„Aufwärts" großen Erfolg!



..glücklich im eigenen Heim

11 337 Bausparerfamilien haben durch unser gemeinnütziges Hilfswerk schon über 170 Millionen RM. für die sichere Finanzierung ihres Eigenheims erhalten. Kostenlose Druckschrift R 24 über billige unkündbare Darlehen von der ältesten und größten Bausparkasse

Gemeinschaft der Freunde

Wüstenrot, gemeinnützige Gesellsch. m. b. H. **Ludwigsburg/Württ.**

Form 16 888

Aluminium- u. Korbwaren



in guter, starker Ausführung fertigen an und empfehlen die

„Tiberias-Werkstätten" d. Anstalt Bethel

Verlangen Sie bitte Preisliste.

Gemüse-, Feld- u. Blumensamen

Knollengewächse:
Dahlien, Gladiolen, Begonien.
Baumschulartikel:
Obstbäume, Ziersträucher, Rosen, Nadelhölzer. — Blütenstauden usw.

Gärtnerei und Samenhandlung der Anstalt Bethel bei Bielefeld

Bethel.

— Die Versammlung der **Frauenhilfe** findet nicht Mittwoch den 15. April, sondern 8 Tage später am 22. April 1931 zur gewohnten Zeit statt. L. v. B.

Am Mittwoch, den 15. April, zeigen wir im großen Saal des Asylheums den Großfilm **„Die weiße Hölle vom Piz-Palü"**, 3300 Meter lang.

Es ist ein Lehrfilm, der die Auffindung und Rettung Verstiegener durch Flugzeug und Bergwacht behandelt. Die Vorführungen finden statt: um 2 Uhr für die Insassen der Frauenhäuser, um 4.30 Uhr für die Insassen der Männerhäuser, abends um 7.30 Uhr für jedermann.

Eintritt im Vorverkauf 60 Pfg., an der Kasse 75 Pfg. Jugendliche zahlen die Hälfte. Die Eintrittskarten sind im Vorverkauf schon jetzt zu haben in der Anstaltspost, im Dankort und Telephonamt. P.